

**Zeitschrift:** Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire  
**Herausgeber:** [s.n.]  
**Band:** 11 (2004)  
**Heft:** 3

**Buchbesprechung:** Franc Suisse, finance et commerce [Philipp Müller, Isabelle Paccaud, Janick Marina Schaufelbuehl]  
**Autor:** Halbeisen, Patrick

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

rung der sich prostituierenden Frauen. Christoph Schlatter zeigt in seinem Aufsatz zur männlichen Prostitution anhand mehrerer Fallbeispiele überzeugend, dass mit dem eidgenössischen Strafgesetzbuch von 1942 zwar ein vergleichsweise liberales Sexualstrafrecht in Kraft trat, aber mit dem Verbot der homosexuellen Prostitution weiterhin die Möglichkeit zur Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Lebens- und Liebesweisen gegeben war und praktiziert wurde.

Die verschiedenen Beiträge zeichnen sich durch je eigenständige Zugänge auf ein komplexes Forschungsfeld aus. Doch integriert der Titel «Integration und Ausschluss» mehr inhaltlich als methodisch die verschiedenen Beiträge zur Erforschung dieser «zentralen, hochaktuellen, äusserst sensitiven Problemen der Zivilgesellschaften sowohl des 19. und 20. als auch des beginnenden 21. Jahrhunderts», wie es das Geleitwort formuliert.

*Hans Jakob Ritter (Basel)*

**PHILIPP MÜLLER,  
ISABELLE PACCAUD,  
JANICK MARINA SCHAUFELBUEHL  
FRANC SUISSE, FINANCE  
ET COMMERCE**

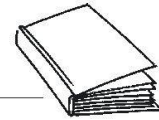
LAUSANNE, EDITIONS ANTIPODES, 2003, 351 S.,  
FR. 30.–

Der vorliegende von Hans Ulrich Jost herausgegebene Band versammelt drei auf Lizentiatsarbeiten der Universität Lausanne beruhende Beiträge. Diese befassen sich mit wesentlichen und zurzeit hochaktuellen Aspekten der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Bei der Studie von Philipp Müller geht es um die Frage, wie die Wirtschaftspolitik in der grossen Depression der 1930er-Jahre angesichts des Zusammenbruchs des Goldstandards und der damit verbunde-

nen schockartigen Verschlechterung der aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagierte. Bei Isabelle Paccaud und Janick Marina Schaufelbuehl steht die Bedeutung der Finanzdienstleistungen in den bilateralen Wirtschaftsverhandlungen der Schweiz mit Grossbritannien respektive Frankreichs während des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Zentrum.

Im Fokus von Müllers Untersuchung *La bataille pour le franc: la Suisse entre déflation et dévaluation (1931–1936)* steht die minuziöse Rekonstruktion des Diskurses aller wirtschaftspolitisch relevanter Akteure vom Beginn der Krise bis zur Abwertung am 26. September 1936. Trotzdem die Schweiz bereits in den 1930er-Jahren eines der am stärksten exportorientierten Länder war und daher durch die Abwertung der meisten Konkurrenten hart getroffen wurde, bestand lange ein politischer Konsens, dass eine Änderung der Goldparität des Schweizer Frankens keine Option sei. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie sollte stattdessen über die Senkung der Löhne und Lebenshaltungskosten wiederhergestellt werden. Weil grosse öffentliche Defizite das Vertrauen in die Währung untergraben und Anlass zu Spekulationen gegen den Franken gegeben hätten, war ein ausgeglichener Staatshaushalt ebenfalls Teil dieser Deflationspolitik.

Eine konsequente Deflationspolitik erwies sich jedoch als undurchführbar, obwohl die Gewerkschaften zu Beginn der Krise zu einem gewissen Nominallohnabbau bereit waren. Dies zeigte sich im Grunde genommen bereits mit dem erfolgreichen Referendum gegen den Besoldungsabbau beim Bundespersonal im Frühling 1933. Die Linke präsentierte mit der Kriseninitiative zwar ein wirtschaftspolitisches Gegenprogramm zur Deflationspolitik, ohne jedoch den Wechselkurs



des Frankens in Frage zu stellen. Müller kann zwar zeigen, dass sich die Ablehnungsfront gegen die Abwertung mit dem Fortschreiten der Krise etwas aufweichte, dennoch wurde die Paritätsänderung von keiner der politisch massgeblichen Kräfte mit Nachdruck gefordert. Dies ist umso bemerkenswerter, als die schliesslich vom Bundesrat im Alleingang beschlossene Abwertung, nachdem Frankreich mit diesem Schritt vorangegangen war, der Wirtschaft anerkanntermassen positive Impulse versetzte.

Isabelle Paccaud betont in ihrem Beitrag *Les relations financières entre la Suisse et la Grande-Bretagne durant la Deuxième Guerre mondiale (1940–1944)* die Bedeutung der Finanzbeziehungen für das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und Grossbritannien während des Zweiten Weltkriegs. Einerseits hatte Grossbritannien einen grossen Bedarf an Schweizer Franken, andererseits waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien nicht zuletzt durch die Finanzgeschäfte von Schweizer Banken mit Deutschland belastet. Die Briten versuchten mit dem Mittel der schwarzen Liste Schweizer Firmen und Individuen zu zwingen, auf Geschäfte mit Deutschland zu verzichten. Bis zum Kriegseintritt der USA waren sie dabei am kürzeren Hebel und daher mit Forderungen gegenüber der Schweiz zurückhaltend. Mit der Blockade der schweizerischen Guthaben in den USA verfügten die West-Alliierten zwar über ein wirksames Druckmittel gegenüber der Schweiz, trotzdem gelang es den Schweizer Banken mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesbehörden, erfolgreich auf Zeit zu spielen und die Restriktionen in Grenzen zu halten. Paccaud kann dies eindrücklich am Beispiel der Affidavit-Regelungen zeigen. Die Banken konnten schliesslich bezeichnenderweise das Bankgeheimnis nicht nur gegenüber den britischen Behörden, sondern auch ge-

genüber den Schweizer Behörden wahren.

Nicht nur das Verhalten der Geschäftsbanken führte zu Spannungen im schweizerisch-britischen Verhältnis. Die Schweizerische Nationalbank sorgte mit ihrer zurückhaltenden Abgabe von Schweizer Franken gegen blockiertes Gold zu schwerwiegenden Irritationen und Verstimmungen, die bis in die Nachkriegszeit anhielten. Die Briten konnten die schweizerischen Inflationsbefürchtungen nicht nachvollziehen. Wie bereits Neville Wylie gezeigt hat, war die Abhängigkeit von Schweizer Franken der Hauptgrund, warum Grossbritannien nicht mit schärferen Massnahmen gegen die schweizerischen Geschäfte mit Deutschland vorging.

Auch in der Nachkriegszeit spielten in den bilateralen Wirtschaftsverhandlungen der Schweiz Finanzfragen eine wichtige Rolle wie Janick Marina Schaufelbühl in ihrer Studie *Les relations commerciales, financières et politiques franco-suisse (1944–1949)* zeigt. So war Frankreich für den Wiederaufbau seiner Industrie auf schweizerisches Kapital angewiesen. Dieses Problem konnte relativ einfach mit einem zunächst staatlichen Kredit in der Höhe von 250 respektive 300 Millionen Franken gelöst werden. Schwieriger war die Deblockierung der seit dem 6. Juli 1940 eingefrorenen französischen Guthaben in der Schweiz. Die französischen Behörden wollten die Aufhebung der Blockade so ausgestalten, dass diejenigen Guthaben, welche nicht der Steuerbehörde angemeldet wurden, vom Staat konfisziert werden konnten. Für die Schweizer Banken war dies ausgeschlossen. Ende 1947 hatte Frankreich den Handelskredit ausgeschöpft, sodass die Schweiz aus einer Position der Stärke die Aufhebung der Blockade der französischen Guthaben ohne Steuerhilfe vorschlagen konnte. Die Franzosen lehnten ab, und es kam zum Verhandlungsabbruch. In der Folge beschlossen die Schweizerbehörden



die Blockade ohne das Einverständnis Frankreichs aufzuheben. Dieser Schritt führte zu Retorsionsmassnahmen. Da die Franzosen in Bezug auf ihre finanziellen Bedürfnisse auf weitere Kredite seitens der Schweiz angewiesen waren, mussten sie ihren Widerstand gegen die Aufhebung der Blockade im Rahmen des Abkommens vom 20. März 1948 aufgeben.

Die drei Beiträge zeichnen sich durch umfassende Archivrecherchen und einen entsprechend hohen Informationsgehalt aus. Auf der methodisch-theoretischen Ebene erscheint mir vor allem der Begriff der «*classe dirigeant de la Suisse*» diskussionswürdig zu sein, der in allen drei Arbeiten immer wieder vorkommt, aber leider nirgends definiert wird. Gerade beim Beitrag von Müller wird deutlich, wie problematisch die Vorstellung einer homogenen Führungsschicht mit einheitlichen Interessen ist. Offensichtlich waren weder die Interessen der wirtschaftspolitisch relevanten Akteure einheitlich, noch wurde immer die den objektiven Interessen entsprechende Politik vertreten. Meiner Meinung nach war ein wesentlicher Faktor für das Festhalten an der Parität das mangelhafte Verständnis der ökonomischen Effekte der Deflation. Damit stimmt auch gut überein, dass sich der ökonomische Vordenker des Gewerkschaftsbundes Max Weber nach seiner Reise nach Skandinavien, wo er mit modernem ökonomischem Gedankengut in Berührung kam, für die Abwertung aussprach. Auch im Falle der bilateralen Wirtschaftsverhandlungen kann die Vorstellung einer Führungsschicht mit gleichartigen Interessen mit Gewinn aufgeben werden. Man kann dann nämlich fragen, ob es keine Opposition gegen eine Wirtschaftspolitik gegeben hat, welche die Interessen der Banken derart in den Vordergrund stellte. Immerhin waren damit einige Risiken verbunden. Frankreich setzte zum Beispiel in der Ausein-

andersetzung um die Deblockierung der französischen Guthaben in der Schweiz die Vergabe von Importlizenzen für eine gewisse Zeit aus.

Es ist zu hoffen, dass die Diskussion über die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik weitergeführt und vertieft wird. Die vorliegenden Beiträge bieten einen fundierten und anregenden Einstieg.

*Patrick Halbeisen (Zürich)*

## THEMENPORTAL ERSTER WELTKRIEG (DEUTSCHLAND)

[www.erster-weltkrieg.clio-online.de](http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de)

Wer sich in die Mailingliste von «H-Soz-u-Kult» eingetragen hat, bekommt unter anderem regelmässig eine aufbereitete Zusammenstellung aktueller Onlineangebote aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften zugestellt. Bei «H-Soz-u-Kult» handelt es sich um den deutschen Ableger der Onlineforschergruppe Humanities-Net «H-Net» und mit Sicherheit um die beste Informationsquelle für Forschende und Lehrende der Geschichte auch in der Schweiz (<http://hsoz-kult.geschichte.hu-berlin.de>). In solchen Zusammenstellungen finden sich in letzter Zeit vermehrt auch thematisch orientierte Onlineportale für die Geschichtswissenschaft, hauptsächlich aus Deutschland. Im Gegensatz etwa zu E-Learning-Angeboten, aber auch Onlinequelleneditionen scheinen (thematische) Portallösungen im Web weniger von der allgemeinen Ernüchterung und Finanzierungsnot bei internetbasierten Projekten betroffen. Die Zahl der Webinhalte wächst weiterhin ungebremst, und es braucht Portale, um alte und neue Inhalte zu sortieren und zu bewerten. Dies nicht zuletzt, um dem «Google-Effekt» entgegenzuarbeiten. Die Tatsache, dass man mit Google (oder